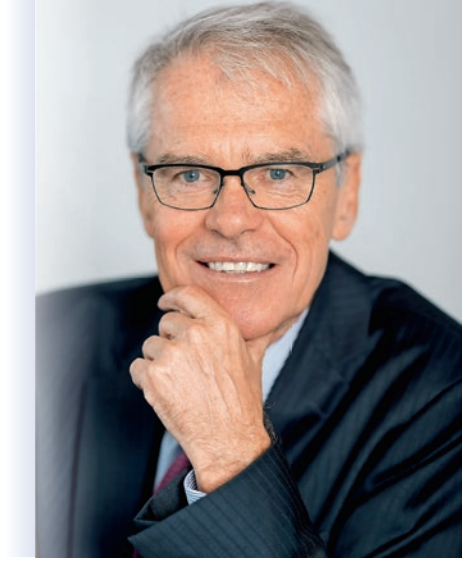


## Im Blickpunkt

Von Dr. Heino Klingen



# Helmholtz-Zentrum – vom Kohleland zum Saar-Valley

Vermutlich gäbe es das Saarland als eigenständiges Bundesland schon lange nicht mehr, wenn es der Politik Ende der 60er Jahre nicht gelungen wäre, zahlreiche neue Firmen ins Land zu locken. Damals kamen mit Ford, FESTO oder ZF – um nur einige zu nennen – Unternehmen, die den Strukturwandel von der Montanindustrie zum Autoland Saar einleiteten und sich in der Folge zu nachhaltigen Wachstumstreibern entwickelten. So konnte der Verlust von rund 90.000 Arbeitsplätzen bei Gruben und Hütten ohne größere Strukturbrüche bewältigt werden.

Heute steht das Saarland erneut vor großen Herausforderungen. Diesmal sind es die ungewisse Zukunft des Fahrzeugbaus und die zunehmende Digitalisierung, die Ängste vor Arbeitsplatzverlusten schüren. Und wieder ist es an der Politik, mit klugen Entscheidungen die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Zukunft zu schaffen. Als Glücksfall ist in diesem Zusammenhang zu sehen, dass das Saarland den Zuschlag für den Aufbau eines Helmholtz-Zentrums für IT-Sicherheit erhalten hat. Das ist nicht irgendein weiteres Institut, kein bloßes „nicetohave“. Nein, hier kündigt sich wahrhaft Großes an, das die Existenz des Saarlandes langfristig absichern und ihm mit großer Strahlkraft weit über die Landesgrenzen hinaus zu neuer Bedeutung verhelfen wird.

Im Zuge des Aufbaus des Helmholtz-Zentrums wächst die Grundfinanzierung bis 2026 auf jährlich wenigstens 50 Millionen Euro an. In einem ersten Aufschlag werden damit unter ande-

rem 500 Arbeitsplätze für hochqualifizierte Forscher finanziert – und dies wohlgemerkt dauerhaft. Darüber hinaus sind zusätzliche Gelder über Drittmittel zu erwarten, die gut und gerne 300 weiteren Wissenschaftlern attraktive Forschungsmöglichkeiten eröffnen dürften. Einschließlich der ebenfalls noch zu berücksichtigenden Spin-offs kündigt sich damit eine kritische Masse an, die zahlreiche Jobs auch außerhalb des Forschungs- und Hochschulbereichs verspricht. Und zwar über zahlreiche Wirtschaftsbereiche hinweg – von Handel, Gastronomie und Hotellerie über Bau- und Immobilienwirtschaft bis hin zu Rechts- und Steuerberatern. Untersuchungen zeigen, dass auf einen Arbeitsplatz im IT-Bereich bis zu fünf weitere Stellen außerhalb der IT kommen.

### Saar-Gemeinschaftsinitiative einberufen

Damit das Projekt „Helmholtz“ aber auch tatsächlich hält, was es verspricht, muss jetzt rasch eine umfassende politische und mediale Aufmerksamkeit organisiert werden. Nur dann kann es zum Aufbruch- und Zukunftssignal werden und sich zu dem Leuchtturm entwickeln, den das Saarland dringend braucht. Und nur so können die Kräfte der Beharrung, denen jeglicher Eingriff in bestehende Strukturen zuwider ist, überwunden werden.

Um den gesellschaftlichen Rückhalt zu organisieren, sollte auf das bewährte Instrument der „Saar-Gemeinschaftsinitiative (SGI)“ zurückgegriffen werden.

Die SGI hat schon einmal gute Arbeit geleistet, als es darum ging, die Folgen der Bergbau- und Stahlkrise abzufedern. Sie tagte zuletzt vor knapp zwei Jahren, um mit der Landesregierung bestmögliche Verwendungen für die ab 2020 über den neuen Länderfinanzausgleich ins Land fließenden Mittel zu sondieren.

Die jetzt im Zusammenhang mit dem Aufbau des Helmholtz-Zentrums anstehenden Entscheidungen sind von ähnlicher Tragweite. Sie erfordern erneut eine engagierte und zielgerichtete Zusammenarbeit von Politik und Wirtschaft. Allerdings sind sie inhaltlich anders gelagert. Gefragt sind Ideen und Konzepte, um die im „Helmholtz-Projekt“ schlummernden PS auf die Straße bringen zu können. Es gilt, eine ganzheitliche Identität zu schaffen. Denn damit das Projekt erfolgreich ist, braucht es mehr als nur Gebäude – etwa eine gute Innenstadtanbindung, Platz für Start-ups und attraktiven Wohnraum für die ins Land kommenden Forscher, Gründer, Fach- und Führungskräfte. *Conditio sine qua non* ist indes der Zugang zu qualitativ ansprechenden Bildungseinrichtungen entlang der kompletten Bildungskette – von der Krippe bis zur englischsprachigen Schule.

Für all das gilt es, Unterstützung und Rückhalt in der Bevölkerung zu organisieren. Als Vertretung aller gesellschaftlich relevanten Gruppen scheint die SGI dazu prädestiniert. Es ist dann immer noch Aufgabe der Politik, die entsprechenden Maßnahmenpakete zu schnüren und auf den Weg zu bringen.